Workshop „Endstation Wahlzettel? Parteien als Forum europapolitischer Gestaltung“

Fachforum Europa, 24./25.02.2014

Malte Zabel, Junior Fellow am ZEI der Universität Bonn

Eine problematische Dreiecksbeziehung

Können Parteien Jugendlichen mit Blick auf Europa mehr bieten, als nur das Erbitten der Stimme am Wahltag? Können sie für die Jugend vielleicht sogar ein echtes Forum für Gestaltung oder zumindest europapolitische Diskussion sein?

Die Beantwortung dieser Frage erfordert zunächst eine genauere Betrachtung des gegenwärtigen Zustandes des Zusammenspiels von Parteien, der Jugend und dem Thema Europa. Dabei zeigt sich schnell, dass diese Dreiecksbeziehung nicht unproblematisch ist. Zu unterschiedliche Entwicklungen haben die einzelnen Partner in den letzten Jahren durchlebt, zu disharmonisch verlaufen die jeweiligen Beziehungen zueinander.

Die Parteien haben seit dem Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages 2009 in Bezug auf Europa einen beträchtlichen Machtzuwachs erfahren. Durch die Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments (EP) hin zum gleichberechtigten Gesetzgeber und Mitentscheider bei der Budgetverwendung haben auch die nationalen Parteien an Einfluss auf die europäische Politik gewonnen. Ihr beträchtliches Gewicht bei der Besetzung des Parlaments gerade über das deutsche Verhältniswahlrecht sowie bei der inhaltlichen Ausrichtung der Fraktionen über Wahlprogramme hat ihren Status in der europäischen Politik beträchtlich aufgewertet. Gleichzeitig interpretieren die Parteien den ihnen vom Lissaboner Vertrag zugestandenen Spielraum bei der Wahl des Kommissionspräsidenten eindeutig, indem sie ausnahmslos mit europäischen Spitzenkandidaten für das höchste Amt der Kommission in die Europawahl 2014 starten. Die allgemeine Akzeptanz dieser Praxis gewährt der siegreichen Partei trotz der rechtlich eigentlich entscheidenden Abstimmung im Europäischen Rat ein de facto-Recht für die Nominierung des Kommissionspräsidenten.

Parallel zu dieser Entwicklung hat das Thema Europa durch die sogenannte „Eurokrise“ an Brisanz gewonnen. Die Debatte um die Europäische Union ist insgesamt kontroverser und von einem Randthema zu einem zentralen Streitpunkt der Öffentlichkeit geworden. Die Krise hat dazu geführt, dass in ihrem Fahrwasser auch europäische Themen jenseits der Fragen von Euro und Cent in den Fokus medialer Aufmerksamkeit gerückt sind und dass das Bewusstsein für europäische Politik im Ganzen langsam aber sicher an Schärfe gewinnt. In einem Satz: Die EU ist in den letzten Jahren zwar keineswegs beliebter, aber dennoch populärer geworden. Diese Erscheinung spiegelt sich sowohl in der Adaption der Bevölkerung als auch jener der Parteien wider. Laut Eurobarometer diskutieren 78 % der Deutschen regelmäßig oder zumindest gelegentlich über europäische Politik. Und auch die deutschen Parteien schenken der EU derzeit größere Aufmerksamkeit, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. So enthielten die Wahlprogramme zur letzten Bundestagswahl 2013 ausnahmslos Europa-Kapitel und auch die Wahlprogramme für die Europawahl 2014 haben zumindest größtenteils an Umfang und inhaltlicher Tiefe zugelegt. Der Programmentwurf der Union etwa ist mit 107 Seiten ähnlich lang wie das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013.

Während diese beiden Entwicklungen, der Machtzuwachs der Parteien und der Aufstieg des Europa-Themas noch vergleichsweise linear verlaufen, macht die Achse Parteien – Jugend dem Funktionieren der eingangs erwähnten Dreiecksbeziehung einen Strich durch die Rechnung. Denn trotz einer grundsätzlichen Europa-Affinität und obwohl Politologen eine prinzipielle Politikverdrossenheit der Jugendlichen bestreiten, verabschieden diese sich zunehmend von etablierten politischen Prozessen und insbesondere den Parteien. Letztere gelten bei einer Mehrzahl der Jugend als verkrustet, eingeschlafen, intransparent, nicht vertrauenswürdig und ineffektiv und verlangen zudem im Vergleich zu politischen ad-hoc-Initiativen (z. B. Bürgerinitiativen) ein hohes Maß an Gebundenheit. Folgerichtig sind alle der etablierten Parteien (CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke), die mit Ausnahme der Grünen innerhalb der letzten zehn Jahren beträchtliche Zahlen an Mitgliedern verloren haben, überaltert. Alle Parteien übertreffen den Altersdurchschnitt der deutschen Bevölkerung (45 Jahre) deutlich, die Linke steht mit einem Durchschnittsalter von 62 Jahren an der Spitze dieser kritischen Entwicklung. Damit ist klar, dass Parteien für Jugendliche solange keine vollwertige Plattform für die Europa-Diskussion sein können, wie sie für sie nicht im Allgemein attraktiver werden.

Behandlung des Europa-Themas durch die Parteien

Dies gilt umso mehr, als dass das Europa-Thema innerhalb der Parteien vornehmlich auf eben jenen Ebenen behandelt wird, die den geringsten Mitgliederzugang haben. Europa spielt insbesondere auf der Bundes-, mitunter noch auf Landesebene eine Rolle, im lokalen Bereich ist dies nur bedingt der Fall. Schließlich arbeiten die Orts- und Kreisverbände von Parteien weitgehend autonom, sodass ihnen selbst überlassen ist, welches Thema sie in welcher Intensität behandeln. Angesichts der überwiegend kommunalen Schwerpunktsetzung lokaler Parteiengruppierungen gerät das Europa-Thema dabei oftmals ins Hintertreffen, insbesondere, wenn nur wenig Impulse vom örtlichen MdEP ausgehen. Da der erste persönliche Kontakt für externe Besucher oder Neu-Mitglieder jedoch in aller Regel die Partei „vor Ort“ ist, besteht die Möglichkeit, dass Jugendliche bei ihren ersten Berührungspunkten mit der betreffenden Partei keine Europa-Diskussion vorfinden.

Nur bedingt weiterführend ist vor diesem Hintergrund ein Besuch der Webseiten der Bundesparteien. Obwohl das Internet für Jugendliche erster Referenzpunkt bei der Suche nach spezifischen (also auch politischen) Informationen ist, erfüllen die Europa-Seiten der Bundesparteien die Anforderungen Jugendlicher nur bedingt. Mit Ausnahme des Webangebots der Grünen, die ihre Themenseiten zur Europawahl als einzige Partei an ihre europäische Fraktion im EP ausgelagert hat, finden methodische Aspekte der digitalen Gestaltung, die für Jugendliche sowohl im Parteien- als auch im Europa-Kontext wichtig wären, nur wenig Berücksichtigung. In weiten Teilen signalisieren die Seiten keine Offenheit für Anregungen „von außen“, lassen digitale Möglichkeiten der Partizipation oder wenigstens Interaktion außer Acht, finden keine zielgruppengerechte Sprache, lassen ein ansprechendes Design vermissen oder ignorieren, dass gerade das Thema Europa, welches für viele Jugendliche noch immer abstrakt ist, oftmals ein Gefühls der persönlichen Betroffenheit erfordert, um weitergehendes Interesse zu wecken. Auch wenn alle Parteien inzwischen intensiv soziale Netzwerke nutzen, bedarf es – außer vielleicht bei den Grünen – einer Anpassung des digitalen Europa-Angebotes. Dabei muss den Parteien freilich zugestanden werden, dass die zielgruppengerechte Ansprache Jugendlicher auf Seiten, die sich überwiegend an Vertreter aller Altersgruppen richten, keine leichte Aufgabe ist. Angesichts dessen, dass zumindest die etablierten Parteien inzwischen ausnahmslos über PR-Abteilungen in ihren Bundesgeschäftsstellen verfügen oder alternativ professionelle Agenturen mit ihren Web-Auftritten beauftragen, ist dies jedoch der Anspruch, an dem sie sich im Zusammenhang mit dem Thema des Workshops messen lassen

müssen. Denkbar wäre etwa, die Seiten der Bundesparteien und deren politischen Jugendorganisationen so zu verknüpfen, dass eine entsprechende Verlinkung von den Europa-Artikeln auf der Homepage der Bundespartei zu einer jugendgerechten Version auf der Seite der Jugendorganisation führt. Auch ließen sich interaktive Kommentar- und Diskussionstools in die Seiten einbauen.

Behandlung des Europa-Themas durch die politischen Jugendorganisationen

Eher als ihre Mutterparteien eignen sich politische Jugendorganisationen als Europa-bezogene Diskussions- und Gestaltungsplattformen für Jugendliche. Dies liegt nicht nur am gleichaltrigen Umfeld, sondern auch daran, dass das Europa-Thema in den lokalen Gruppierungen meistens einen größeren Stellenwert hat, als dies bei den Mutterparteien und ihren kommunalen Ausrichtungen auf den unteren Ebenen der Fall ist. Auch sind die politischen Jugendorganisationen, die im Gegensatz zu den Parteien bislang vom Mitgliederschwund verschont geblieben sind, in aller Regel durchlässiger und machen selbst zahlreiche Veranstaltungen auf Bundesebene öffentlich zugänglich. Flachere Hierarchien, ein jugendgerechtes kulturelles Begleitangebot und die erleichterte Möglichkeit, ohne umständlichen Vorlauf selbst Themen zu setzen, tragen ebenfalls dazu bei, dass die Jugendableger der Parteien durchaus das Potential haben, Jugendlichen ein Forum für die europäische Diskussion zu sein – wobei auch bei ihnen gilt, dass die Ortsverbände autonom funktionieren und in ihrer inhaltlichen Fokussierung variieren. Gerade im Vorfeld der Wahlen zum EP lässt sich aber grundsätzlich feststellen, dass das Thema Europa erkennbar zu einem Schwerpunkt der politischen Jugendorganisationen geworden ist: Die letzte Bundesversammlung der GRÜNEN JUGEND stand unter dem europäisch geprägten Motto „Grenzenlos glücklich“, die Jungen Liberalen haben ein eigenes Europawahlprogramm erstellt, die Jusos planen für den kommenden Wahlkampf eine Bustour quer durch Deutschland, um für sich selbst und Europa zu werben. Bei allen Aktionen und Veranstaltungen, darauf legen alle politischen Jugendorganisationen großen Wert, ist eine Mitgliedschaft keine Zulassungsvoraussetzung. Unklar ist indes, inwieweit dieses Angebot der Offenheit auch wirklich Anklang findet.

Fazit

Auch wenn sich die grundlegenden Herangehensweisen der Jungendorganisationen durchaus eignen, mit Jugendlichen einen europapolitischen Dialog zu gestalten, vermögen sie das grundsätzliche Problem der Dreiecksbeziehung jedoch nicht zu lösen. Erstens ist die erste Anlaufstelle für junge Außenstehende oftmals noch immer die Partei und nicht die Jugendorganisation - was mitunter dem Umstand geschuldet ist, dass Jugendliche, die sich erstmals einen Zugang zur Politik verschaffen, gar nicht um die Existenz der Jugendorganisationen wissen. Zweitens stehen nicht die Jugendverbände, sondern die Parteien zur Wahl. Und drittens läuft politisches Engagement Gefahr, schnell zu ermatten, wenn die Mitgliedschaft in einer Partei nach der Mitgliedschaft in einer politischen Jugendorganisation keine ansprechende Perspektive ist. So ist der Übergang von der politischen Jugendorganisation zur Partei im Gegensatz zu den 80er Jahren heute kaum mehr selbstverständlich. Die Übergangsquote von JU zur CDU etwa liegt heute nur noch bei 35 bis 50 Prozent. Für die Schaffung eines nachhaltigen Zugangs zur parteipolitischen Europa-Diskussion bedarf es deswegen eines Zusammenwirkens von Parteien und ihren Jugendorganisation, wobei insbesondere erstere mit Blick auf die angesprochenen Defizite gefordert sind.